

DER TAGESSPIEGEL

Schach dem Teufel

Putin droht erneut mit Atomwaffen. Nun gilt es, kühlen Kopf zu bewahren

VON STEPHAN-ANDREAS CASDORFF

Da gefriert einem das Mark. Zumal in der einstigen Frontstadt Berlin, wo einige, nicht wenige, ja noch wissen, wie das ist im Krieg. Diese Drohungen von Kremlherrscher Wladimir Putin mit dem Einsatz von Atomwaffen, jetzt zum wiederholten Mal – sind sie ernst zu nehmen? Wird dieser Mann damit womöglich wirklich und wahrhaftig Ernst machen?

Zunächst einmal stimmt, dass Putin alles zuzutrauen ist. Beziehungsweise, bei ihm muss man mit allem rechnen. Wohlgermerkt: Man muss ihn, berechnend wie er ist, auch immer wieder neu zu berechnen versuchen. Dem diene, im Übrigen, auch das Gespräch des Bundeskanzlers mit Putin jüngst. Um nebenbei herauszuhören, und sei es als Unterton, was da wirklich ist.

Dann: Es gilt in diesen Tagen ganz unbedingt das Leitmotiv „heißes Herz, kühler Kopf“. Das Herz schlägt für das geschundene Volk der Ukraine – der Kopf muss sagen, was daraus folgt, für den Westen und für Putin auf der anderen Seite. Eine Aufgabe für Großmeister, denn es ist auch eine Art Schach. Schach dem Teufel, darum geht es.

Und wie setzen wir ihn matt? Die Waffenlieferungen an die Ukraine müssen weitergehen, wenn möglich, doch verstärkt. Als Signal an die Ukraine, dass sie nicht alleingelassen wird, einerlei, womit Putin droht, aber auch an ihn.

Putin soll sich doch ein weiteres Mal irren in seiner Vorstellung von (mangelnder) Geschlossenheit und Entschlossenheit des Westens. Heißt: Er ist in seinem Land ein Diktator, aber demokratische Staaten lassen sich nichts diktieren. Vielleicht sollte Deutschland unter dem Gesichtspunkt jetzt mit den USA Einvernehmen erzielen über die Lieferung von Kampfpanzern, offen, sogar öffentlich.

Richtig war vor diesem Hintergrund, dass die USA als stärkste Militärmacht der Welt in Moskau keinen Zweifel lassen: Sie sehen alles, sie wissen Bescheid. Danach sieht es jedenfalls aus und so klingt es, wenn von US-Präsident Joe Biden über seinen Außenminister Anthony Blinken bis hin zu Sicherheitsberater Jake Sullivan unisono Putin davor warnen, die nukleare Schwelle zu überschreiten.

Sie tun es hart, mit einer Ansage, „klar und spezifisch“, was wann wie geschieht, wenn es geschähe; wenn Putin Atomwaffen wirklich einsetzen wollte. Vielleicht, wenn es gegen „seine“ Krim geht und um die Grenzen vom 24. Februar?

Das ist Abschreckung pur – und offensichtlich notwendig. Nun darf ja auch der Geist nicht aus der Flasche, um es so zu sagen. Sonst denken andere Schurkenstaaten womöglich auch noch, sie könnten mit nuklearen Waffen territoriale Grenzen verschieben. Das ist die rote Linie. Und das ist die Botschaft: Soll niemand wagen, über sie hinwegzugehen.

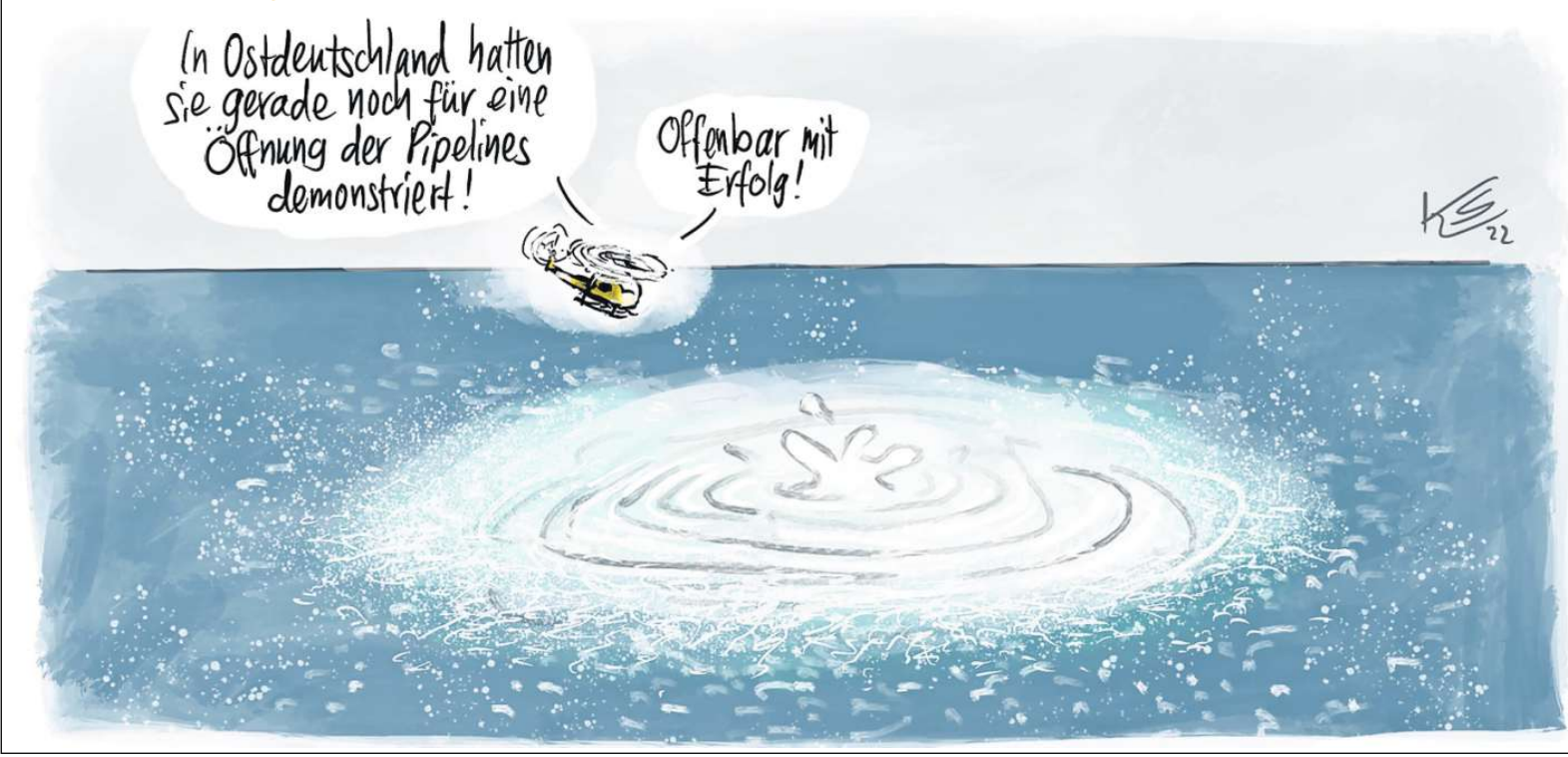
Der Tyrann im Kreml sollte nüchtern erkennen, dass er alles verlieren kann

Wie lautete das Wort noch, das Sicherheitsberater Sullivan verwendet hat? Es ist „todernst“. Dahinter kann keiner im Westen zurück. Es entspringt der Analyse der russischen Operation und ihrer führenden Person. Und dennoch: Weil Putin ist, wie er ist, weil er immer der KGB-Agent im Kreml bleiben wird, weil sein Mittel im Versuch der psychologischen Zersetzung liegt, der von Personen wie Institutionen – gerade deshalb bleibt ein Funke Hoffnung. Denn bei nüchterner, kühler, ja kalter Kosten-Nutzen-Rechnung sollte der Kreml-Tyrann erkennen, dass er alles verlieren kann. Alles.

Russland kann in Schutt und Asche zerfallen, weil das Dogma der Abschreckung fortgilt: Wer als Erster schießt, stirbt als Zweiter. Und weil wer glaubt, taktische Atomwaffen auf dem Gefechtsfeld einsetzen zu können, wissen muss, dass die Auswirkungen nicht auf die andere Seite begrenzt sind, nicht beim Fall-out, nicht politisch. Darüber hinaus kann Putin, wenn er überreizt und sich in seiner Analyse des „schwachen Westens“ fundamental irrt, seine Macht verlieren.

Warum einem folgen, der in die Irre geht? Sage keiner, in der Krise fände sich niemand, der Putin zur Seite räumt. Das ist das Schicksal so mancher Diktatoren geworden. Und manchmal kam der dann aus dem Geheimdienst. Es wird in jedem Fall auch ernst für ihn.

STUTTMANN



Deglobalisierung oder Selbstschwächung

Deutschland muss sich von ideologischen Fesseln befreien – in der Krise erst recht

THEMA global challenges

Global Challenges ist eine Marke der DVH Medien. Das neue Institut möchte die Diskussion geopolitischer Themen durch Veröffentlichungen anerkannter Experten vorantreiben.



Stephan-Götz Richter, Chefredakteur des Online-Magazins 'The Globalist' und Direktor des Global Ideas Center in Berlin

Weitere AutorInnen: Prof. Dr. Ann-Kristin Achleitner, Sigmar Gabriel, Prof. Veronika Grimm, Dr. Werner Hoyer, Günther H. Oettinger, Prof. Jörg Rocholl PhD, Prof. Dr. Bert Rürup, Prof. Dr. Renate Schubert, Jürgen Trittin, Prof. Dr. Volker Wieland

Bundeskanzler Olaf Scholz warnt immer wieder vor der Gefahr der Deglobalisierung, da sie „die Grundlagen der deutschen Wettbewerbsfähigkeit“ untergrabe. Diese Feststellung ist einerseits richtig. Andererseits greift sie viel zu kurz. Gewiss werden geopolitische Verwerfungen wie der Ukrainekrieg und der Hegemonialkonflikt zwischen den USA und China angesichts der traditionellen Exportorientierung Deutschlands zu spürbaren wirtschaftlichen Einbußen führen. Zugleich dienen uns die internationalen Spannungen aber auch als Vorwand, um von selbst gemachten Problemen abzulenken – Problemen, die seit Langem schwelen.

Der Versuch, die beiden vergangenen Jahrzehnte der Globalisierung als besonderen Kompetenzzusweis deutscher Politik und Wirtschaft darzustellen, ist unehrlich. Ehrlich wäre es, sich einzugestehen, dass der Erfolg auf mehrere Sonderumstände zurückzuführen ist. Dazu zählen insbesondere unsere „Deals“ mit zwei Unrechtsregimen. Der Deal mit Russland sicherte die billige Versorgung mit Gas. Der Deal mit China schien lange Zeit im gegenseitigen ökonomischen Interesse zu sein. Vergessen oder verdrängt wurde aber, dass es Pekings erklärtes strategisches Ziel ist, in einer großen Bandbreite von Sektoren mit enormer Staatshilfe die Weltmarktführerschaft zu erringen – und gerade auch Deutschland Marktanteile abzugeben. Dabei wird sich immer mehr rächen, dass wir gegenüber China nicht schon seit Langem strikt auf das Prinzip der Reziprozität geachtet haben. Die Deals mit Russland und China führten auch zu einem großen Selbstbetrug.

Eigentlich relevante Kernfragen – sind unsere Politik und Verwaltung, unsere Infrastruktur, Energie- und Umweltpolitik, unsere Altersversorgung und das Bildungswesen eigentlich hinreichend modern und effizient? – wurden zwar immer wieder diskutiert. In der Praxis passierte aber wenig. Einem entschlosseneren Handeln stand Deutschlands Mantra im Wege, der Exporterfolg werde es schon richten. Dieses Mantra hat in unserem Land zu einer Art Eskapismus in die Globalisierung geführt, der angesichts von Ukrainekrieg und Chinas immer autoritärer Auftreten nun – fast möchte man sagen: glücklicherweise – nicht länger aufrechtzuerhalten ist.

Aktuell befindet Deutschland sich in einer Situation, in der nicht die Deglobalisierung, sondern die Deindustrialisierung die viel größere Gefahr ist. Das ist übrigens auch deshalb so, weil die deutsche Politik, anders als etwa die USA, sich nicht dazu durchringen kann, einen nationalen Sicherheitsrat einzurichten. Der hätte beispielsweise schon vor Jahren die immer stärkere Abhängigkeit von russischem Erdgas auf den Prüfstand stellen müssen. Stattdessen gilt das Ressortprinzip beziehungsweise die Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers. Am Ende stehen nicht selten Vernebelungsmanöver, ob unter Angela Merkel oder jetzt unter Scholz. So wurde etwa die geopolitisch bedeutsame Gaspipeline Nord Stream 2 von beiden lange Zeit als „rein privatwirtschaftliche“ Angelegenheit dargestellt.

Hinzu kommt: Die wachsende Gefahr der Deindustrialisierung ist in nicht unerheblichem Ausmaß darauf zurückzuführen, dass gerade in der Energiepolitik viel zu oft ideologisch geprägte „Überzeugungstäter“ am Werk sind, die ihre Position mit geradezu wagnerianischem Pathos vertreten. Die Konsequenz: Deutschland tritt auf diesem Feld als Weltmeis-

ter im möglichst frühzeitigen Ankündigen von möglichst vielen Ausstiegen hervor – ob bei Kohle, Gas oder Atomstrom. Die Kehrseite: Bei Technologien wie der Speicherung von Kohlendioxid wagen wir erst gar nicht den Einstieg. Das alles ist für eine rohstoffarme Technologienation hochbedenklich. Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier die Rechnung sprichwörtlich ohne den Wirt gemacht wird.

Inzwischen stößt der deutsche Ausstiegs-Rigorismus erfreulicherweise auf immer mehr Unverständnis. Tatsächlich grenzt es an ein Gartenzweig-Denken, wenn etwa andere Länder der Europäischen Union alte Atomkraftwerke entweder weiterbetreiben oder neue bauen wollen, wir aber glauben, im dicht besiedelten Europa könne das atomfreie Deutschland zur Insel der Seligen werden. Die jüngste Ankündigung der Schweiz, ihr nukleares Endlager in unmittelbarer Nähe der Grenze zu Baden-Württemberg errichten zu wollen, sollte da ein notwendiger Realitätsschock sein.

Eines kommt beim Thema Energie erschwerend hinzu: Den Deutschen sind Varianten neokolonialen Herrenmenschenkens nicht ganz fremd. Beispiel Flüssiggas: Das kann hier zwar demnächst angelandet werden. Produziert werden aber soll das hauptsächlich aus Fracking gewonnene Gas hier nicht. Diese „Drecksarbeit“ überlassen wir gerne anderen. Insgesamt könnte unsere aktuelle Energiepolitik, ob gewollt oder ungewollt, auf die Deindustrialisierung Deutschlands hinauslaufen. Das liegt – parteiübergreifend – im Kern an einem immer noch fatal hohen Grad der Bürokratisierung unserer Entscheidungsprozesse.

Dieses Phänomen des „Wir müssen (den zwar, liefern aber nicht“ wirkt sich auch auf anderen Feldern verheerend aus. Siehe die verschlafene Mobilitätswende. Darüber hinaus rangiert Deutschland in puncto digitaler Wettbewerbsfähigkeit in Europa an vorletzter Stelle, nur Albanien ist noch schlechter als wir. Gerade weil die sich wandelnde Struktur der Globalisierung Deutschland nicht länger als Puffer dienen kann, müssen wir uns dringend den eigenen, hausgemachten Problemen stellen.

Diejenigen, die noch immer auf China setzen wollen, sollten sich fragen, ob Pekings Null-Covid-Politik womöglich nicht nur eine Strategie zur Eindämmung der Pandemie ist. Denkbar ist auch, dass es sich dabei um eine – aus der chinesischen Geschichte wohlbekannte – Strategie zur Abschottung gegenüber jedem westlichen Einfluss handelt. Jörg Wuttke jedenfalls, Chef der Europäischen Handelskammer in Peking, erklärte jüngst mit Blick auf die chinesische Politik: „In den vergangenen 40 Jahren habe ich so etwas noch nie gesehen. Ideologische Entscheidungen sind plötzlich wichtiger als wirtschaftliche Entscheidungen.“

Vor diesem Hintergrund wird überdeutlich: Deutschland sollte sich lieber heute als morgen auf die neue Form der Globalisierungsfälle vorbereiten und ein filigranes Beziehungsgeflecht an vielen Fronten und in vielen Regionen aufbauen. Diversifizieren statt Deindustrialisieren ist das Gebot der Stunde. Dabei können wir ja durchaus an eine große Außenhandelsstrategie anknüpfen, die leider ziemlich in Vergessenheit geraten ist. So gesehen erstreckt sich die von Kanzler Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ nicht nur auf die durch Russland Angriffskrieg gegen die Ukraine durcheinandergewirbelte Geopolitik. Richtig verstanden erstreckt sie sich auch das gesamte Geschäftsmodell Deutschlands, das vor einer epochalen Herausforderung steht.

Bürger leben Demokratie im Wahllokal

Neuwahlen in Berlin wären eine Chance

VON JOST MÜLLER-NEUHOF

Angekündigt war eine vorläufige rechtliche Einschätzung durch das Verfassungsgericht, doch was es dann wurde, kann man als Abrechnung bezeichnen. Dass Wähler sich beklagen, wenn sie mal Schlange stehen müssen, hört man öfter aus Ländern, in denen die Demokratie sonst auf gutem Weg ist. In Berlin aber wurde eine Dysfunktionalität anderer Dimension offenbar. Das Gericht hat sie jetzt allen vor Augen geführt, die noch geglaubt hatten, dass solche Wahlfehler Fehler sind, die eben passieren können.

Das Urteil ist noch nicht gefallen, doch die Entscheidung scheint getroffen. Leicht dürfte sie nicht gewesen sein. Dass Wahlen Bestand haben, auch wenn nicht alles nach Goldstandard klappt, ist ein Wert in einer Demokratie. Eine Koalition wurde gebildet, eine Opposition hat sich gefunden; es wurden Gesetze gemacht, Beschlüsse gefasst. Repräsentative Demokratie braucht einen Rhythmus, sonst kommt sie aus dem Takt.

Demokratie braucht aber auch Vertrauen. Und dies besteht wesentlich darin, dass Wählerinnen und Wähler in zumutbaren Umständen ohne Hast ihr Kreuzchen machen und fest damit rechnen dürfen, dass ihre Stimme zählt. Hier fügt sich das erste Glied in eine Legitimationskette, an deren Ende über das Schicksal eines Gemeinwesens bestimmt wird. Zu Recht hob das Gericht bei der Verhandlung hervor, dass gerade im äußeren Wahlakt – Besuch des Wahllokals, Kontrolle, Stimmzettelausgabe und -einwurf – eine zentrale Funktionsweise der Demokratie von jeder und jedem in Augenschein genommen wird. Das muss nicht nur funktionieren, es muss gut funktionieren.

Das Gegenteil: Berlin im September 2021. Die Landeswahlleitung hat versagt, die Innenverwaltung als Kontrolle und Aufsicht ebenso. Nach Ansicht des Gerichts waren die Prognosen für das Wahlgeschehen – soweit es welche gab – derart unzulänglich, dass vor Ort kaum noch etwas zu retten war. Zudem schien man leichtfertig davon ausgegangen zu sein, dass der Herbstsonntag überallhin zu einem Auszug einlädt, nur nicht an die Urne. Entsprechend wurde bei den Stimmzetteln viel zu knapp kalkuliert. Kann sein, dass in der digitalen Homeoffice-Gesellschaft der Besuch im analogen Wahllokal als aus der Zeit gefallen empfunden wird. Sogar bei den Organisatoren.

Das wäre verhängnisvoll. Eine Gesellschaft muss sich beim Wählen sehen und erleben dürfen. Insofern ist nur zu hoffen, dass sich die Berlinerinnen und Berliner bei einem neuen Durchgang nicht abschrecken lassen. Denn was Demokratie neben genügend Stimmzetteln und Vertrauen, dass diese korrekt gezählt werden, auch noch braucht, sind Wählerinnen und Wähler, die sich zeigen. Öffentlich. Sonst stirbt sie irgendwann.

ANZEIGE



Staatliche Museen zu Berlin – Jahreskarte

365 Tage Kunst & Kultur

Genießen Sie Kunst und Kultur in 19 Museen – sooft Sie wollen:

- Alte Nationalgalerie, Altes Museum, Bode-Museum, Friedrichswerdersche Kirche, Gemäldegalerie, Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart, James-Simon-Galerie, Kunstbibliothek, Kunstgewerbemuseum, Kupferstichkabinett, Museum Berggruen, Museum Europäischer Kulturen, Museum für Fotografie, Neues Museum, Neue Nationalgalerie, Pergamonmuseum, Pergamonmuseum. Das Panorama, Sammlung Scharf-Gerstenberg, Schloss Köpenick

Ihre Jahreskarte CLASSIC PLUS der Staatlichen Museen zu Berlin nur 79,- € statt 100,- €

- ✓ 1 Jahr gültig in 19 Museen, ✓ Für alle Dauer- und Sonderausstellungen (Kostenfreies Zeitfensterticket muss noch hinzugebucht werden)

Bestellnr. 20540

Preis inkl. MwSt. und Versand

Exklusiv für Abonnenten 20% Rabatt

Die Jahreskarte ist personengebunden auf den Namen der Abonnementin / des Abonnenten und nicht übertragbar. Darüber hinaus kann nur eine Jahreskarte plus eine Partnerkarte pro Abonnementin / Abonnement pro Kalenderjahr ausgestellt werden.

shop.tagesspiegel.de

Bestellen Sie auch gerne telefonisch unter (030) 290 21-520 oder schicken Sie Ihre Anfragen an shop.tagesspiegel.de. Anbieter: Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Askaniischer Platz 3, 10963 Berlin

